

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Beirates für Migration und Integration
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Dienstag, den 06.05.2025
Sitzungsbeginn:	16.05 Uhr
Sitzungsende:	18.37 Uhr
Ort, Raum:	Volkshochschule (Vortragssaal, 2.OG)

Anwesend waren:

Beirats-Vorsitzende

Dolly El-Ghandour

SPD-Stadtratsfraktion

Osman Gürsoy

SPD

Mücahit Terzi

Ömer Akyazici

Beyda Nur Asikkutlu-Terzi

Ahmed Caliskan

Ahmet Furkan Önder

Ali Can Polat

Najla Spahic

Hüseyin Yilmaz

CDU-Stadtratsfraktion

Anthimos Dimitriadis

Christiane Ohlinger-Kirsch

Ioannis Samoladas

CDU

David Caruana

Panagiotis Drosos

Francesco Galdini

FWG-Stadtratsfraktion

Alexander Dragovic

BSW-Stadtratsfraktion

Dr. Liborio Ciccarello

Jan Mohammad

Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW)

Dimitry Swartz

Linke & Piraten

Fatma Yavuz

DIE GRUENEN

Patricia Hinsén-Rind

Yoana Westenthanner

Ibrahim Yetkin

Türkische Liste

Musa Koc

Schriftführer/in

Matthias Gehring

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Baris Yilmaz

SPD

Merve Gürsoy

Adrian Baranga

CDU-Stadtratsfraktion

Sevki Bilgin

CDU

Sandra Opp

AFD-Stadtratsfraktion

Christoph Schmitt

Johannes Thiedig

DIE GRUENEN

Yousef Mohammad

Tagesordnung:

1. Polizeipräsidium Rheinpfalz - Bericht der Integrationsbeauftragten
Vorlage: 20251191
2. Vorstellung des Berufsbildes "rechtliche*r Betreuer*in" (hauptamtlich oder ehrenamtlich)
Vorlage: 20251192
3. Umsetzung von Projekten und Veranstaltungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 20251219
4. Festschreibung des muslimischen Gräberfeldes in der Satzung des Hauptfriedhofes
Vorlage: 20251220
5. Planung und Umsetzung einer Informations-Veranstaltung zum Nahost-Konflikt
Vorlage: 20251221
6. Anfrage BMI-Fraktion SPD - Nutzung öffentlicher Räume durch migrantische Vereine
Vorlage: 20251222
7. Anfrage BMI-Vorsitzende Dolly El-Ghandour - Anteil städtische Mitarbeiter mit Migrationsgeschichte
Vorlage: 20251223
8. Informationen der Verwaltung
Vorlage: 20251201
9. Informationen der BMI-Vorsitzenden
Vorlage: 20251202

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Beirat für Migration und Integration war beschlussfähig.

Protokoll:

Die Vorsitzende Dolly El-Ghandour eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Vertreter*innen der Verwaltung, die Gastreferenten zur heutigen Tagesordnung sowie die Vertreter*innen der Presse.

zu 1 **Polizeipräsidium Rheinpfalz - Bericht der Integrationsbeauftragten**

Die rheinland-pfälzische Polizei hat seit dem Frühjahr 2024 erstmals eine Integrationsbeauftragte! Die Stellenvergabe zu dem landesweiten Pilotprojekt erfolgte in einem speziellen

Auswahlverfahren, bei dem sich Hayat Erten aus Ludwigshafen, durchgesetzt hatte. Seit Anfang Februar des letzten Jahres hat Frau Erten die beim Polizeipräsidium Rheinpfalz, das seinen Sitz in Ludwigshafen hat, angesiedelte Stelle inne. Davor war sie in Ludwigshafen unter anderem im Stadtrat aber auch im BMI engagiert und über den Zeitraum einer Wahlperiode dort auch Vorsitzende.

Kern ihrer neuen Aufgaben als Integrationsbeauftragte bei einem Polizeipräsidium ist in der Außenwirkung vor allem die Stärkung und der Ausbau des Dialogs mit Menschen mit Migrationsgeschichte sowie das Herstellen neuer Verbindungen. Sie ist als Integrationsbeauftragte auch Kontaktperson zu Organisationen wie Migrantenvereinen und Ansprechpartnerin für diese Zielgruppe in allen Belangen, die Polizeiarbeit betreffen oder berühren. In der internen Orientierung soll die Stelle natürlich auch einen Beitrag dazu leisten, dass sich auch mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für den Polizeidienst interessieren und sich zunehmend dort auch bewerben.

Eine der Herausforderungen für die Stelle war zunächst, sich die Dimension der Behörde zu vergegenwärtigen, die in ihrer Zuständigkeit die gesamte Vorderpfalz abdeckt. Innerhalb der Zuständigkeit der Polizeipräsidium Rheinpfalz hat bis zum Zeitpunkt ihrer Einstellung streng genommen jede Polizeidienststelle Integrationsarbeit selbst definiert und umgesetzt. Ein umfassendes Konzept für die Integrationsarbeit gab es allerdings nicht.

Bereits seit dem Jahr 2011 gibt es eine Zielvereinbarung zwischen dem Innenministerium Rheinland-Pfalz und der AGARP, als wichtiger Baustein zur Verwirklichung des Integrationskonzeptes Rheinland-Pfalz. Die Vereinbarung ist Grundlage für einen vorbehaltlosen und dauerhaften Dialog zwischen den örtlichen Beiräten für Migration und Integration und den Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.

Für das Pilot-Projekt und die Arbeit der Integrationsbeauftragten war es also erforderlich ein für den Zuständigkeitsbereich und alle Dienststellen gültiges Konzept zu erarbeiten.

Um mit allen Stellen, die Menschen mit Migrationsgeschichte in irgendeiner Form repräsentieren, Kontakt aufnehmen zu können und um dort alle potentiellen Ansprechpartner benennen zu können, war es auch erforderlich alle im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidioms Rheinpfalz erfassten Migrantenvereine zu dokumentieren und die dazugehörigen Kontaktdaten zu verifizieren. Ein Prozess mit hohem Zeitaufwand, der mittlerweile abgeschlossen ist. Die vom Innenministerium neu geschaffene Stelle ist übrigens aktuell (nur) als Pilot-Projekt angelegt und auf zwei Jahre dotiert. Ob die Stelle weitergeführt wird, kann final noch nicht beantwortet werden.

Frau Erten regt dazu an, gerne mit Projektideen zu ihr zu kommen, um vielleicht auch im Zuge gemeinsamer Aktionen unter anderem die Zielvereinbarung des Innenministeriums von 2011 erneut und weiter zu stärken. Auch wenn Frau Erten stets betont, dass sie keine Beschwerdestelle sei, fordert sie dazu auf, dennoch mit ihr Kontakt aufzunehmen, sollte es zu negativen Erfahrungen beim Kontakt mit Polizeibediensteten kommen.

Der Beirat für Migration und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis

zu 2 Vorstellung des Berufsbildes "rechtliche*r Betreuer*in" (hauptamtlich oder ehrenamtlich)

Herr Ulrich Keinath, von der Betreuungsbehörde (5-133) im Fachbereich Teilhabe, Pflege und Senioren, stellt mithilfe einer Powerpoint-Präsentation die berufliche / ehrenamtliche Tätigkeit als rechtliche Betreuer*innen nach dem BGB vor.

Auftrag der Betreuungsbehörde ist unter anderem auch die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Instrument der rechtlichen Betreuung (früher Vormundschaft) von volljährigen Menschen, die bedingt durch eine Krankheit oder Behinderung ihre rechtlichen Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln können.

Es wurden die rechtlichen Voraussetzungen erläutert, die fünf großen Aufgabenbereiche der rechtlichen Betreuung, die deutlich verbesserte und gestärkte Selbstbestimmung des Betreuten, die Unterschiede zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Betreuer*innen sowie die Voraussetzungen für deren Tätigkeit und abschließend deren Vergütung.

Da der Anteil der betroffenen Menschen mit Migrationshintergrund weiter zunehmen wird, ist es auch dringend erforderlich, Berufsbetreuer*innen mit Migrationshintergrund zu gewinnen. Dies gilt für den Bereich der ehrenamtlich tätigen Betreuer*innen.

Der Beirat für Migration und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis

**zu 3 ANTRAG BMI-Fraktion CDU International:
Umsetzung von Projekten und Veranstaltungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen**

Zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben kann der BMI eigene Projekte oder Veranstaltungen planen und umsetzen.

Zur besonderen Würdigung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte, schlägt die BMI-Fraktion CDU International vor, die nachfolgend aufgeführten Projekte und Veranstaltungen zu planen und umzusetzen:

- *Vorleseveranstaltungen für Kinder*
- *Workshop "Zeichnen/Malen" für Jugendliche*
- *Aufführung eines integrativen Theaterstückes für Grundschul Kinder*

Der Antrag im Originalwortlaut:

*An Frau Vorsitzende Dolly El-Ghandour
Beirat für Migration und Integration der Stadt Ludwigshafen
Europaplatz 1, 67063 Ludwigshafen*

*Sehr geehrte Frau El-Ghandour,
die Fraktion CDU International im Beirat für Migration und Integration bittet Sie, folgende Anträge bei der nächsten Sitzung des Gremiums zu behandeln:*

Anträge der BMI Fraktion CDU International auf folgende Projekte und Veranstaltungen: Vorleseveranstaltungen für Kinder, einen Workshop "Zeichnen/Malen" für Jugendliche und die Aufführung eines integrativen Theaterstückes für Grundschul Kinder

1. Vorleseveranstaltung für Kinder

Kinder sollten frühzeitig mit Büchern in Kontakt kommen und das Interesse für Lesen geweckt werden, um die Lesekompetenz zu steigern. Zusätzlich wird dadurch auch die Aufmerksamkeitsfähigkeit trainiert. In der Gemeinschaft Geschichten anhören hat eine integrative Wirkung und dient der Sprachförderung.

Ein möglicher Termin dafür könnte der bundesweite Vorlesetag am 21. November sein. Stattfinden könnte es in der Stadtbibliothek.

2. Workshop „Zeichnen/Malen“ für Jugendliche

Gemeinsam Bilder entstehen zu lassen, die Fähigkeit dafür in der Gruppe zu erwerben und sich auszutauschen, fördert das Miteinander von Jugendlichen und weckt das Interesse an Kunst. Häufig ist zu beobachten, dass Jugendliche mit Migrationsgeschichte wenig Zugang zu Kunst und kulturellen Veranstaltungen haben.

Eine Kunstpädagogin würde einen solchen Workshop anbieten, der evtl. an der VHS stattfinden könnte.

3. Integratives Theaterstück für Grundschul Kinder

Auch hier geht es um Sprachförderung und den spielerischen Zugang zu Kunst. Theater, also gespielte Geschichten, fördern die Fantasie und Kreativität bei Kindern.

Dafür ließen sich Theatergruppen finden, wie z.B. die Jugendtheatergruppe „Artefact“ oder die Stadttheatergruppe, die evtl. auch an Grundschulen spielen würden.

Hintergrund:

Integration und eben auch die notwendige Sprachförderung muss bereits im Kindes- und Jugendalter beginnen. Kinder sind neugierig, wissbegierig und begegnen einander ohne Ressentiments. Hierbei handelt es sich auch um niederschwellige Angebote, um möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu erleichtern. Es wäre von Wichtigkeit, oben genannte Projekte und Veranstaltungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, immer wiederkehrend in die Arbeit des Beirates für Migration und Integration aufzunehmen. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



*Christiane Ohlinger-Kirsch
Fraktionssprecherin*

In der Aussprache zum Antrag wird angemerkt, dass hier jeweils andere Verwaltungszuständigkeiten zu berücksichtigen seien und die Umsetzung bei Zustimmung zum Antrag durchaus schwierig sein könnte. Außerdem erlaube die schlechte finanzielle Ausstattung des BMI eigentlich gar keine Spielräume, eigene Projekte zu realisieren.

Die Antragstellerin führt aus, dass es um vor allem niederschwellige Angebote gehen sollte, es bei der Intention zum Antrag vor allem auch um den Grundsatz gehe, von Seiten des Gremiums Flagge zu zeigen, sich als BMI möglicherweise auch nur anderen Initiativen anzuschließen und diese durch bloße Unterstützung stärken zu können.

Als Anregung wird ebenfalls festgehalten, dass bei einer am 21.11.25 stattfindenden Vorleseveranstaltung in der Stadtbibliothek sich BMI-Mitglieder hier wunderbar einbringen könnten. Auch der Kunstpädagogische Workshop der VHS ließe sich möglicherweise im Sinne des Antrages gewinnen oder von Seiten des BMI zumindest unterstützen.

Der Beirat für Migration und Integration möge dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 4 ANTRAG BMI-Fraktion BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht):
Festschreibung des muslimischen Gräberfeldes in der Satzung des Hauptfriedhofes**

Auf Initiative des BMI wurde in der Wahlperiode 2019 bis 2024 auf dem Hauptfriedhof der Stadt Ludwigshafen ein Gräberfeld ausgewiesen, auf dem Bestattungen nach muslimischen Traditionen erfolgen können. Die BMI-Fraktion Bündnis-Sarah-Wagenknecht beantragt, im Stadtrat einzubringen, dass die Festschreibung des muslimischen Gräberfeldes sowie aller

dafür relevanten Bestattungsaspekte in der Friedhofssatzung veranlasst werde.

In die anschließende Aussprache wird eingeworfen, dass in §13 der Friedhofssatzung bereits die sarglose Bestattung im Leichentuch geregelt sei.

Die Antragsinitiative von 2020 soll noch einmal überprüft werden, um festzustellen, was damals beantragt wurde, was in der Folge zwischen Verwaltung, BMI und Politik besprochen wurde und was in die politischen Entscheidungsgremien getragen und was in der Satzung bereits aufgenommen wurde. Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt im Anschluss an die eingehende Prüfung.

Unabhängig vom Prüfergebnis hält die Antragstellerin an der Aufrechterhaltung des Antrages fest.

Der Beirat für Migration und Integration möge dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird bei einer Enthaltung mit Stimmenmehrheit angenommen.

**zu 5 ANTRAG BMI-Fraktion BSW (Bündnis Sarah Wagenknecht):
Planung und Umsetzung einer Informations-Veranstaltung zum Nahost-Konflikt**

Das Bündnis-Sarah-Wagenknecht (BS) beantragt, dass der BMI eine Veranstaltung zum Thema Nahost-Konflikt planen und organisieren soll.

In der Aussprache zum Antrag wird festgehalten, dass das Thema und die aktuelle Situation in der Krisen- und Kriegsregion durchaus gesellschaftliche Relevanz haben, gerade in einer Stadtgesellschaft, in der mehr als 50% der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte haben. Es wird die Frage aufgeworfen, ob das Gremium solch eine Veranstaltung organisatorisch sowie kostenseitig überhaupt leisten kann. Die Verwaltung schlägt vor, sich gegebenenfalls einer Veranstaltung von VHS und Krimirat, die am 10. Oktober 2025 stattfinden soll, anzuschließen. Die nächste BMI-Sitzung findet allerdings auch erst am 28.10.2025 statt.

Unabhängig von einer Terminfrage solle jedoch der Sprachgebrauch für die Veranstaltung im politischen Spektrum belassen und auf keinen Fall im religiösen Kontext betrachtet und diskutiert werden. Es wird außerdem angeregt, gegebenenfalls mehr als eine Veranstaltung in Erwägung zu ziehen, da entlang der Dynamik der Entwicklung des Themas eine Veranstaltung zu wenig sei.

Die Antragstellerin führt aus, mit der Formulierung des Antrages die räumlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen bewusst offen gehalten zu haben. Es gehe zunächst vor allem um das Bekenntnis des Gremiums zu dem Thema Initiative ergreifen zu wollen, auch wenn sich eine Veranstaltung gegebenenfalls erst in 2026 realisieren ließe.

Der Beirat für Migration und Integration möge dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**zu 6 ANFRAGE BMI-Fraktion SPD
Nutzung öffentlicher Räume durch migrantische Vereine**

Zahlreiche Migranten-Vereine in Ludwigshafen können ihre Angebote nicht hinreichend in die Öffentlichkeit tragen, da ihnen geeignete Räume fehlen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen leerstehenden Gewerbeflächen oder Ladenlokalen in der Innenstadt ein schwer zu vermittelnder Umstand. Die BMI-Fraktion der SPD richtet daher die Anfrage an die Verwaltung, welche Möglichkeiten zur Nutzung öffentlicher Räume respektive von Räumlichkeiten, die in die Zuständigkeit der städtischen Verwaltung oder deren Gesellschaften (LuKOM, GAG) fallen, durch Migranten-Vereine bestehen könnten.

Nachfolgend der Wortlaut der Anfrage im Original:

Als SPD-Fraktion im Beirat für Migration und Integration der Stadt Ludwigshafen am Rhein wenden wir uns im Namen zahlreicher migrantischer Vereine mit folgendem Anliegen an die Verwaltung:

Vereine leisten einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur kulturellen Vielfalt sowie zur Integration und Bildung. Dennoch stoßen sie häufig auf erhebliche Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für ihre ehrenamtlichen Aktivitäten, sei es für Versammlungen, kulturelle Veranstaltungen, Sprachkurse oder Bildungsangebote.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Stadtverwaltung um Auskunft zu folgenden Punkten:

- 1. Welche öffentlichen Räume stehen derzeit zur Nutzung durch gemeinnützige Vereine zur Verfügung?*
- 2. Welche Kriterien gelten für die Vergabe dieser Räume, insbesondere für migrantische Organisationen?*
- 3. Welche Unterstützungsmöglichkeiten bietet die Stadt für migrantische Vereine, die regelmäßig Räume benötigen?*
- 4. Gibt es Pläne, den Zugang zu städtischen Räumlichkeiten für migrantische Vereine zu erleichtern oder zu erweitern?*

Wir bitten um eine schriftliche Stellungnahme und – sofern möglich – um einen Vorschlag für das weitere Vorgehen, wie die Stadt migrantische Vereine beim Zugang zu öffentlichen Räumen besser unterstützen kann.

*Mit freundlichen Grüßen,
die SPD-Fraktion im Beirat für Migration und Integration*

In der Aussprache wird angemerkt, dass die Vorlage im Ratsinformationssystem nicht sichtbar war. Von Seiten der Verwaltung wird gebeten den Fehler zu entschuldigen. Der Wortlaut im Original wird als Tischvorlage verteilt. Einwände werden nicht erhoben.

Eine Stellungnahme der Verwaltung war in diesem Falle in der Kürze der Zeit, nicht mehr zu verfassen. Sie wird den BMI-Mitgliedern in Kürze nachgereicht und bei der nächsten Sitzung noch einmal behandelt.

**zu 7 ANFRAGE BMI-Vorsitzende Dolly El-Ghandour
Anteil städtische Mitarbeiter mit Migrationsgeschichte**

Die BMI-Vorsitzende Dolly El-Ghandour richtet eine Anfrage an die Verwaltung, zu statistischen Erhebungen bei der Mitarbeiterstruktur der Verwaltung und insbesondere der Anteile von dort arbeitenden Menschen mit Migrationsgeschichte.

Zur Begründung wird ausgeführt, dass in einer Stadtgesellschaft, in deren Bevölkerung mehr als 50% der Menschen eine Migrationsgeschichte haben, es durchaus wissenswert wäre inwieweit sich dies auch in der Personalstruktur der Verwaltung widerspiegeln würde.

Eine Stellungnahme der Verwaltung war in diesem Falle in der Kürze der Zeit, nicht mehr zu verfassen. Sie wird den BMI-Mitgliedern in Kürze nachgereicht und bei der nächsten Sitzung noch einmal behandelt.

zu 8 Informationen der Verwaltung

Die Geschäftsstelle führt aus, dass immer noch nicht alle das von der Abteilung 1-134 (Gremien, OV-Büros) geforderte DSGVO-Formular nicht ausgefüllt zurückgegeben haben. Das erschwert die Kommunikation insbesondere im Organisationsprozedere zur BMI-Sitzung (Regularien zur Einladung – Einhaltung von Fristen) sowie zur Abrechnung der Sitzungen. Es wird noch einmal betont, wer das Formular nicht ausgefüllt zurückgibt, hat keinen Anspruch auf Sitzungsgeld.

Für die nächste Sitzung werden noch einmal die wichtigsten zu berücksichtigenden Regeln zur Einreichung von Anträgen und Anfragen, zur Einhaltung und Wahrung von Fristen, die für die BMI-Sitzungen relevant sind, zusammengestellt und allen BMI-Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

zu 9 Informationen der BMI-Vorsitzenden

Die Vorsitzende berichtet über den Frühlingsempfang mit Fastenbrechen im Bürgerhaus Nord am 28. März 2025. Eine Veranstaltung die in vielerlei Hinsicht ein voller Erfolg war. Der Saal war voll, es gab viele Gelegenheiten bestehende persönliche Kontakte zu vertiefen oder neu zu knüpfen und im besten interkulturellen Sinne eine gute Zeit miteinander zu verbringen.

Sie bedankt sich noch einmal bei allen, die durch ihre finanzielle Unterstützung, durch das Spenden von Speisen für das Büffet, die unentgeltliche Darbietung von Unterhaltung oder nur durch die zeitliche Unterstützung und Mithilfe mit zum Erfolg beigetragen haben.

Mit Blick auf das gemeinsam mit der Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz stattfindende transkulturelle Musikfestival „So klingt LU“ im Jahr 2026, teilt die Vorsitzende mit, dass der BMI vertreten durch die Vorsitzende gemeinsam mit Jörn Rebholz (BL 5-14) für die Verwaltung, in engem Kontakt mit der Staatsphilharmonie steht. Es gab bereits ein erstes Arbeitstreffen. Über den Fortgang der Entwicklung wird jeweils zeitnah informiert.

Die nächste BMI-Sitzung findet am Dienstag, den 28. Oktober im Vortragssaal der VHS, an gleicher Stelle statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um 18.37 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.07.2025

A black rectangular box redacting a signature. A horizontal line extends from the right side of the box.A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. El-Ghandour'.

Dolly El-Ghandour
Vorsitzende/r